

**Informationen
gemäß Artikel 12 bis 14 der
Datenschutz-Grundverordnung
(DS-GVO)**

**für den Bereich des Standesamtes
der Stadtverwaltung Seligenstadt**



vom 25.05.2018
in der Fassung vom 22.11.2018

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

1. Vorbemerkung:

Gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 DS-GVO bezeichnen „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung

- zu einer Kennung wie einem Namen,
- zu einer Kennnummer,
- zu Standortdaten,
- zu einer Online-Kennung
- oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen

identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person ist. Juristische Personen oder Verstorbene werden von der Bestimmung der DS-GVO nicht erfasst. Zu beachten ist aber insbesondere im Hinblick auf Informationen über verstorbene Personen, dass diese Informationen Bezüge zu lebenden Personen haben und damit auch dem Datenschutzrecht unterliegen können.

Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte Daten. Wenn Behörden personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das, dass sie diese Daten z. B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Das Standesamt erfasst Ihre Personenstandsdaten (u.a. Name, Geburtsdatum, Abstammung) in Registern und Akten. Auf dieser Grundlage werden Urkunden und Bescheinigungen ausgestellt sowie Auskünfte erteilt.

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten in erster Linie bei Ihnen selbst, z. B. durch Ihre Mitteilungen, Anträge und Eingaben. Darüber hinaus erheben wir Ihre personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

Wir erteilen Ihnen nähere Auskunft zur Verarbeitung Ihrer Daten und sind zuständig, soweit Sie Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Daten geltend machen wollen.

2. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Stadt Seligenstadt

Standesamt

Marktplatz 1

63500 Seligenstadt

Telefon: 06182-87130

standesamt@seligenstadt.de

3. Beauftragte oder Auftraggeber für den Datenschutz:

Der Datenschutzbeauftragte der Stadt Seligenstadt

SDS Schüllermann Dataservice GmbH

Robert-Bosch-Str. 5

63303 Dreieich

datenschutz@seligenstadt.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die Rechtsgrundlagen für die genannten Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich aus dem Personenstandsgesetz (PStG), der Personenstandsverordnung (PStV), ggf. entsprechenden internationalen Regelungen und den §§ 22, 27 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG).

5. Datensicherungsmaßnahmen:

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten setzen wir technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen auf Basis von IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie gemäß den Vorgaben der DS-GVO um, damit die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität der Daten sichergestellt ist.

6. Empfänger personenbezogener Daten:

Alle personenbezogenen Daten, die wir von Ihnen erfassen, dürfen wir nur dann an andere inländische und ausländische Standesämter, andere Personen, sonstige Behörden, Gerichte und konsularische Vertretungen anderer Länder weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

7. Dauer der Speicherung:

Die in den Personenstandsregistern erfassten Daten sind gem. § 7 Abs. 2 S. 1 PStG dauerhaft aufzubewahren. Nach einer Fortführungsfrist von 110 Jahren beim Geburtenregister, 80 Jahren bei Eheregister und Lebenspartnerschaftsregister und 30 Jahren bei Sterberegistern sind die Personenstandsregister und Sicherungsregister sowie die zugehörigen Akten dem Archiv zur Übernahme anzubieten.

8. Betroffenenrechte:

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte.

8.1 Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen (Art. 15 DS-GVO). In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

8.2 Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen (Art. 16 DS-GVO).

8.3 Recht auf Löschung

Sie können, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

8.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben gemäß den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

8.5 Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, sofern die Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO erfüllt sind.

8.6 Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Absatz 1 lit. e) oder f) DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen (Art. 21 DS-GVO). Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

9. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit

Postfach 3163

65021 Wiesbaden

Telefon: +49 611-1408-0

poststelle@datenschutz.hessen.de